



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 31831 - 33  
Fernschreiber 086690

Z/XIII/273 - 1. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Neue Ansatzpunkte? Zu dem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden mit Dr. Adenauer	43
2	Nach den Wahlen in Frankreich Niederlage aller "klassischen Parteien"	50
3 - 4	Berlins Schatten über dem Statedepartement Von unserem Korrespondenten in USA	75
5	"Fall Zind" Antisemitismus ist gemeingefährlich	41
6 - 7	In Warschau fiel der Name Knuth Politische und kaufmännische Betrügereien der "Rechten Hand" Erich Kochs	73

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

### Neue Ansatzpunkte?

Das Treffen der Fraktionsvorsitzenden des Bundestages mit Dr. Adenauer hat seinen Ursprung in den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses am vergangenen Freitag. Dort war angeregt worden, die Fühlungnahme der im Bundestag vertretenen politischen Parteien bei den Bemühungen um die Lösung der Berlin-Frage so eng wie möglich zu gestalten.

Nach allen bisher bekanntgewordenen Äußerungen besteht bei den Parteien keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die von Moskau vorgeschlagene Regelung für den Status der deutschen Hauptstadt Berlin nicht annehmbar ist. Es gibt auch kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß alles getan werden müsse, um zu erreichen, daß die Berliner Probleme nicht isoliert vom Deutschland-Problem bleiben und behandelt werden. In mehreren Stellungnahmen ist auch eindeutig gefordert worden, man müsse jetzt das Gesamtproblem der Ost-West-Spannungen in Europa auf den internationalen Verhandlungstisch bringen.

Das Gespräch der Fraktionsvorsitzenden mit Dr. Adenauer dürfte den ersten Überlegungen darüber gedient haben, welchen Beitrag die deutsche Politik nun zu leisten willens ist, um das in den verschiedenen Erklärungen der Parteien angedeutete Ziel zu erreichen.

Entscheidend hierfür dürfte die Einsicht sein, daß die abgegriffenen Formeln der Vergangenheit, mit denen die offizielle Außenpolitik der Bundesrepublik bestritten wurde, nicht mehr ausreichen. Wir begrüßen gemeinsame Schritte, die zur Klärung dieser Frage führen könnten, wollen aber auch in diesen schweren Stunden nicht verhehlen, daß es Verantwortlichkeiten der Vergangenheit gibt, die analysiert werden müssen, wenn man tatsächlich neue Wege beschreiten will. Das Beharren auf alten Fehlern genügt nicht, es könnte sogar die Gefahr für Berlin und für Deutschland erhöhen.

Was wir jetzt brauchen, ist die nüchtern abwägende Einsicht, daß die Hilfe für Berlin und seine tapfere Bevölkerung sicher nur auf dem Wege über eine Entspannungspolitik in Europa zu erreichen ist.

Viele Ansatzpunkte sind für eine solche Politik gegeben. In Genf, wo die Experten über die Kontrollmöglichkeiten von Atomwaffenversuchen verhandeln, in Washington, wo mit der weiteren Entwicklung interkontinentaler Raketen die rein militär-strategische Bedeutung der bisherigen amerikanischen Europa-Politik in einem anderen Licht erscheint, die Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone mit der gleichzeitigen Verminderung konventioneller Waffen - alles das steht jetzt auf der Tagesordnung. Es ergibt sich, daß jetzt stärker denn je und geradezu gesellschaftlich die Frage des militärischen und internationalen Status eines in Frieden und Freiheit wiedervereinten Deutschland gestellt wird.

Nach den Wahlen in Frankreich

sp - Das hervorstechendste Merkmal der französischen Wahlen ist die Tatsache, daß alle Parteien der "Vierten Republik" eine Niederlage erlitten haben. Wenn auch stimmennäßig ihr Verlust nicht allzu groß ist (die Sozialisten gingen seit 1956 von 15,5 auf 13,7 Prozent zurück; die Kommunisten von 25 auf 20 Prozent), so ergibt sich bei der Mandatsverteilung dank des neuen Wahlgesetzes, daß diese Gruppen im Parlament kaum noch eigene Aktionsmöglichkeiten haben werden. Der Mandatsbestand der Sozialisten ging von 95 auf 40 zurück und der der Kommunisten von 148 auf zehn Mandate. Berücksichtigt man, daß auch die sogenannte Bürgerliche Linke und die Bürgerliche Mitte zusammengebrochen sind, dann bleibt der gaullistische Flügel des Parlaments mit 188 Mandaten und den 120 Mandaten der Rechtsunabhängigen absolut Herr der Lage. Die "Union der neuen Republik" (UNR) mit ihrem Führer, dem de Gaulle-Minister Soustelle, kann in jeder Beziehung das Parlament manipulieren.

Aber wie man die jetzt entstandene Lage auch beurteilen mag: Der 30. November hat das Schicksal der "Vierten Republik" endgültig besiegelt, und die Frage, welche Politik die "Fünfte Republik" entwickeln wird hängt jetzt noch mehr als vorher von de Gaulle selbst ab. Die ersten Ausserungen der Sieger dieser Wahl lassen darauf schließen, daß man einen "liberalen Kurs" steuern will. Man versichert, keine Diktatur zu wollen, den sozialen Staat zu fundamentalisieren und auch in Nordafrika eine Politik anzusteuern, die zu einer "Befriedung des algerischen Volkes" führen soll. Soustelle hat sogar betont, seine Partei wolle nicht auf der Rechten, sondern in der Mitte stehen. Wenn er sich bei seinem guten Vorsatz weiterhin auf die Autorität de Gaulles stützt und die jetzt in das Parlament gekommenen eindeutig rechtsradikalen Elemente abdrängt, könnte ihm dies gelingen. Was aber geschieht, wenn die Rechtsradikalen im Mutterland, verstärkt durch die Gruppe der Gleichgesinnten aus Algerien, die Oberhand gewinnen? Hier liegt die große Unbekannte der französischen Politik.

Das Schicksal der Sozialistischen Partei Frankreichs ist erregend. Unter Führung ihres Generalsekretärs Guy Mollet hat sie de Gaulle und den Gaullismus seit dem 13. Mai dieses Jahres gestützt. Ihre besten Männer wie Jules Moch, Thomas Deferre, Jaquet, Pineau, Ramadier und andere werden nicht in dem neuen Parlament sein. Mollet selbst konnte in seinem Heimatkreis Arras nur dadurch gerettet werden, daß die Gaullisten keinen Kandidaten aufstellten und Soustelle die rechtsgerichteten Wähler aufforderte, ihre Stimme für Mollet abzugeben. Ob die Entscheidung der Partei für ihr weiteres Verhalten von diesen Wahlergebnissen abhängig gemacht wird, dürfte bereits in dieser Woche auf einem außerordentlichen Kongreß festgelegt werden. Der "Populaire" hat jedenfalls am Montag das Wahlergebnis mit der Bemerkung registriert: "Die Rechte rückt weiter vor".

Das Schicksal der Kommunisten war zu erwarten. Mit ihren nur zehn Abgeordneten, aber 20 Prozent der Stimmen, werden sie praktisch gezwungen, in die Halblegalität zu gehen. Nach wie vor stützen sie sich - das zeigt das Stimmenergebnis in den einzelnen Orten - auf einen großen Teil der Arbeiterschaft. Hier ist ein Sprengstoff in der französischen Politik, der nicht übersehen werden darf.

## Berlins Schatten über dem Staatsdepartement

Von unserem Korrespondenten in USA

Mit ihren üblichen Methoden, subtile Geschicklichkeit mit brutaler Direktheit abwechselnd, haben die sowjetrussischen Diplomaten die neue Berlin-Krise allmählich und stetig aufgebaut und ihrem Höhepunkt entgegengetrieben, - und wie üblich haben sich die Kanzleien der westlichen Großmächte zunächst einmal das Gesetz des Handelns aus der Hand windex lassen, wenn sie auch nachher, wenigstens zeitweise, sich wieder zu sammeln verstanden und an der einen oder anderen Stelle sogar selber eine Art Initiative entfaltet.

An der hundertmal wiederholten feierlichen Erklärung, daß sich die Vereinigten Staaten nicht gewaltsam aus Berlin herauswerfen lassen würden, und daß Gewaltanwendung mit Gewaltanwendung beantwortet werden würde, braucht man nicht herumzudeuteln. Das ist in der Tat feste und offizielle amerikanische Politik, einmütig vom ganzen Volke gestützt und gebilligt. Aber: offenbar war es überhaupt nicht kommunistische Absicht, im Gegensatz zur Blockade Berlins vor einer Jahrzeit, einen Versuch des gewaltsamen Abschneurens Berlins zu unternehmen; dieses Mal scheinen doch die kommunistischen Methoden unblutiger zu sein.

Viel zu lange hat man in Washington gesagt: Wir können erst eine Marschroute ausarbeiten, wenn wir wissen, was die Russen vorhaben. Dabei war es nicht allzuschwer, die Moskauer Absichten zu erraten: erstens, weil Ulbricht ja schon vor Wochen die Katze aus dem Sack gelassen hatte, und zweitens, weil die politischen Analysen in der Presse ja schon recht frühzeitig eine Theorie entwickelt hatten, von der heute feststeht, daß sie zutreffend war. Wie immer verfolgen die Russen mit ihrem Vorstoß gleichzeitig mehrere Ziele: ein Mah- und ein Fernziel, ein Ideal- und ein notfalls zu erstrebendes Ersatzziel. Dabei ist die Liste ihrer "Ziele" ziemlich klar: diplomatische Anerkennung der Ulbricht-Regierung, damit diese "hoffähig" wird, Verhinderung der deutschen Atomrüstung, Gipfelkonferenz der Westmächte zwecks Erteilung einer Anweisung an Bonn und Pankow, "Konföderierungsverhandlungen" aufzunehmen, und militärische Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Die Vertreibung der westlichen Alliierten aus Berlin ist in dieser Liste nicht enthalten; Ulbricht hat zugegeben, daß er bereit sei, die westliche Präsenz in Berlin zu akzeptieren, - aber als höfliches Geschenk Pankows als Gegenleistung für die begehrte diplomatische Anerkennung.

Und auf diese diplomatischen Manöver hat der Westen nicht eine ebenso entschlossene Gegenhaltung entwickelt wie auf den rein militärischen Druck. Ganz abgesehen von Dulles' unglücklicher Formulierung auf seiner Pressekonferenz, daß er notfalls bereit sei, mit Pankow "als Agenten Moskaus" zu verhandeln, wenigstens auf der technischen Ebene (eine Formulierung übrigens, die in Amerika viel weniger Aufsehen erregt hat als in ganz Europa): man hat im amerikanischen Staatsdepartement nicht die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß die Russen mit ihrem Vorstoß den revidierten polnischen Rapackiplan vielleicht abdrohen wollten, weil ihnen eine solche Selbstständigkeitsregung der Warschauer Regierung unwillkommen gewesen sein mag. Sollte das die russische Absicht gewesen sein, dann ist sie sicherlich gelungen, denn im Moment will ja wohl im Westen niemand mehr über den Rapackiplan verhandeln...

Dafür hat freilich Dulles mit seinem Hinweis darauf, eine russische Kündigung des Potsdamer Abkommens werde die Rechtsgrundlage der polnischen Administration der Ostgebiete und überhaupt der ganzen Oder-Neisse-Linie in Frage stellen, einen taktisch geschickten Griff gemacht, - denn das allerletzte, das sich Chruschtschow gerne nachsagen ließe, wäre doch, daß er nicht einmal imstande ist, seinen Satelliten den Bestand ihres Territoriums zu garantieren. Aber ob dieser an sich willkommene taktische Hinweis genügt, die westliche Verhandlungsbasis zu stärken, ist ja doch recht zweifelhaft.

Was wird nun bevorstehen? Moskau will verhandeln, - d.h. es will diplomatischen Druck spielen lassen, solange bis er Erfolg hat. Der Westen steht auf dem Standpunkt, daß es gar nichts zu verhandeln gibt, - aber natürlich können sich die demokratischen Regierungen nicht dem Wunsch entziehen, auf normalen diplomatischen Wege laufende Probleme zu debattieren und für sie Lösungen zu suchen.

Chruschtschow selber hat angedeutet, daß man notfalls auch die Weltorganisation der "Vereinten Nationen" um eine Lösung des Berliner Konfliktes bemühen sollte. Es ist nicht ganz leicht erkennbar, was die UNO "vermitteln" soll, wenn die eine Seite, nämlich der Westen, gar nichts weiter will als den "status quo" aufrechterhalten; aber die UNO hat ja schon auch während der Berliner Blockade von 1948 eingegriffen, und die ganze Anregung ist vielleicht sinnvoller, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Es ist jedenfalls für die Kommunisten schwerer, ihre Gesprächspartner in der UNO zu überrumpeln als in vertraulichen Direktverhandlungen hinter verschlossener Türen, - und darin liegt vielleicht ein wenn auch noch so bescheidener taktischer Vorteil für die freie Welt.

"Fall Zind"

sp - Der Studienrat Zind aus Offenburg hat also das Weiße gesucht. Fast mit Sicherheit ist anzunehmen, daß er denselben Weg gegangen ist wie jener Dr. Eisele, der wegen zahlreicher Verbrechen, begangen an Konzentrationslagerhäftlingen, verurteilt wurde. Den Weg nach Ägypten!

Nun wird in Karlsruhe und Offenburg gesagt, man habe den Studienrat Zind vor der endgültigen Feststellung des rechtswirksamen Urteils deswegen nicht festgesetzt, weil angeblich kein Fluchtverdacht vorlag. Das ist eine mehr als faule Ausrede. Studienrat Zind hat sich schon während des Prozesses mehrfach seiner Beziehungen zu geflüchteten Größen des "Dritten Reiches" in Ägypten gerühmt, und in Offenburg wußte - wie man so sagt - jedes Kind, daß Zind fast ausschließlich in Kreisen von Urverbesserlichen verkehrte, daß er seit dem Prozeß Besuche Gleichgesinnter von auswärts erhielt und selbst in seiner vom Gewissen nicht belasteten Freizeit auch Gleichgesinnte außerhalb Offenburgs besuchte. Daß der Mann ein ausgemachter Antisemit war und heute noch ist, hat er selbst nicht verheimlicht. Die Justizbehörde aber auch die Polizeiverwaltung hätte also jede Möglichkeit gehabt, den Studienrat Zind festzusetzen und sei es wegen seiner notorisch bekannten Gemeingefährlichkeit, die er selbst durch antisemitische Äußerungen dokumentiert hatte,

Das ist nicht geschehen. Der Vogel ist ausgeflogen, und wahrscheinlich werden wir ihn in Kürze als Studienrat für arabische Kinder irgendwo auftauchen sehen.

Nun werden Formaljuristen aufstehen, die haargenau "nachweisen", daß man einen Mann wie Zind nicht in Sicherheitsverwahrung nehmen konnte, daß die Behörden alles in ihrer Macht Stehende getan hätten, um den Verurteilten seiner gerechten Strafe zuzuführen. Damit erhebt sich die Frage, ob notorisch bekannter Antisemitismus und antisemitische Äußerungen nicht an sich den Tatbestand der Gemeingefährlichkeit darstellen, also die Sicherheitsverwahrung rechtfertigen würden. Man setzt ja gelegentlich Leute, deren Verurteilung auch noch nicht endgültig rechtskräftig ist, bei geringeren Vergehen fest. Der Antisemitismus ist nicht nur eine Seuche, die Deutschland schon einmal verpestet hat und bei der in jedem Falle Ansteckungsgefahr besteht, er ist auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Bis zum Beweis des Gegenteils müssen wir annehmen, daß Zind bei irgendwelchen behördlichen Stellen bewußte oder unbewußte Helfershelfer für seine Flucht gehabt hat. Anders ist die Fahrlässigkeit, mit der man nach der Flucht des Dr. Eisele auch den "Fall Zind" behandelt hat, nicht zu erklären.

+ + +

In Warschau fiel der Name Knuth

W.H. Der Warschauer Prozeß gegen Erich Koch, den Ex-Gauleiter von Ostpreußen und Beauftragten Hitlers in den besetzten Ostgebieten während des zweiten Weltkrieges, geht möglicherweise in diesem Dezembermonat seinem Ende entgegen. Damit wird ein Kapitel deutscher Kriegsverbrechen abgeschlossen, das auf uns lastet wie eine nicht zu tilgende Hypothek. Fast am Rande dieses Prozesses lauert noch eine Sensation, die der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein kann...

Bei der Zeugenvernehmung im Prozeß in Warschau war ein Stefan Kurjata aufgetreten, der an den Angeklagten Koch die Frage richtete, ob er einen gewissen "Knuth" gekannt habe. Koch antwortete darauf, Knuth sei ein Angestellter der Zivilverwaltung gewesen. Darauf wieder der Zeuge: "Aha!" Koch fragte dann plötzlich weiter: "Was wurde aus ihm?" Darauf der Pole: "Er wurde von Partisanen im Gerichtsgebäude von Rowno erschossen..."

Der Zeuge irrte. Kurt Knuth wurde nicht erschossen. Er lebt. - Knuth war nicht irgendwer, sondern die rechte Hand Kochs. Seine Funktion während des Krieges in den besetzten Gebieten im Osten war die eines Reichsbevollmächtigten, zudem galt er als Chef der "Führerpaketaktion". Die russische Zeitung "Prawda" forderte wiederholt seine Hinrichtung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Kurt Knuth entkam wie Koch beim Rückzug aus der Ukraine und Polen den Partisanen. Ende 1944 machte ihn Ex-Gauleiter Koch zum Gaustabsleiter von Ostpreußen und damit zum Organisator und Führer des Volkssturmes in diesem Gau.

Er war verhaßt wie Koch selbst. Seine Durchhalteparolen haben die Ostpreußen noch nicht vergessen, und er wurde immer wieder im Laufe der Nachkriegszeit mitschuldig gemacht für das 1945er Chaos in seiner Heimat. Das Organ der ostpreußischen Landsmannschaft, das "Ostpreußen-Blatt", beschuldigte ihn, er habe zusammen mit Koch die rechtzeitige Evakuierung der Zivilbevölkerung verhindert und sei dadurch verantwortlich geworden an Tode ungezählter Menschen.

Kurt Knuth selbst allerdings ist dieses Schicksal erspart geblieben. Er floh mit seinem Gauleiter rechtzeitig. Mit dem Eisbrecher "Pillau" entkam das unzertrennliche Kleeblatt. Unmittelbar nach seiner Flucht verschaffte sich der Volkssturmchef falsche Papiere und erschien alsbald im Kreis Melle bei Osnabrück mit dunklem Backenbart als "Kurt Quedenfeld". Erst in den letzten Tagen des Jahres 1953, zu einer Zeit, da "Quedenfeld" bereits als BHE-Abgeordneter im Kreistag saß, wurde er entlarvt. Seine

Süßmosterei, die er sich mit erschwindelten Krediten aufgebaut hatte, war inzwischen in Konkurs gegangen.

Im Juni dieses Jahres stand er dann endlich vor Gericht, doch nicht etwa wegen seiner Aktionen im Verein mit Erich Koch während des Krieges, sondern in seiner Eigenschaft als gestrandeter Kaufmann. Die Osnabrücker Strafkammer verurteilte ihn nach zwölf tägiger Verhandlung wegen Betruges in drei Fällen, Unterschlagung in einem Falle und einfachen Bankrotts in zwei Fällen zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis. Unter dem Namen "Quedenfeld" war es ihm gelungen, sich 360 000 Mark zu erschwindeln, alles Flüchtlings- und Aufbau-Kredite. Zur Zeit sitzt er, wohlbehütet in einem westdeutschen Gefängnis, seine Strafe ab.

Wie sicher Kurt Knuth seiner Sache war und ist, wurde den Zuhörern des Prozesses deutlich an seiner Auftreten. Am ersten Verhandlungstag war er übrigens mit allen Orden- und Ehrenzeichen am Rockaufschlag erschienen, die er sich im Laufe seiner Karriere in den 12 Jahren erdient hatte...

Sein Aufstieg in das oberste NSDAP-Führungskorps begann mit der Funktion eines Blockwalters gleich nach 1933. Später avancierte er zum Kreisleiter in Heiligenbeil, nachdem er als Textilhändler gescheitert war und Konkurs gemacht hatte. Damals schon gehörte er zu den Vertrauten Erich Kochs und stieg bis 1939 auf zum KdF-Gauwart von Ostpreußen. Er bezeichnete sich wiederholt als Erbauer der Ostpreußenhalle in Königsberg, die ihm das Goldene Parteiabzeichen eingebracht hatte.

Auf Grund seiner guten Beziehungen war er nur kurze Zeit zu Beginn des zweiten Weltkrieges Mitglied der Wehrmacht. Koch holte ihn in seinen Gaustab und nahm ihn später mit in die Ukraine, wo er die Lebensmittel eintreiben ließ für die "Führerpakete", mit denen die Umlaufersoldaten der Ostfront bei ihrer Fahrt in die Heimat beschenkt wurden. Nach polnischer und russischer Darstellung soll sich Knuth während und nach dieser Zeit des Verbrechens an der Menschlichkeit schuldig gemacht haben.

Nachdem das Gericht in Warschau durch den gut informierten Angeklagten Erich Koch erfahren hat, daß Kurt Knuth in der Bundesrepublik lebt, ist nahezu sicher, daß ein Verfahren gegen ihn eingeleitet wird. -- Frage ist, was wird die Bundesrepublik in diesem Fall tun? Die Situation ist peinlich, denn bislang hat die westdeutsche Justiz nur von einem Kredit-schwindler Knuth Kenntnis genommen, der beinahe als "Herr Quedenfeld" 1949 in den Bundestag eingezogen wäre.

+ + +